

TIBET 360°

INFORMATIONEN | MEINUNGEN | ANALYSEN



AUSGABE 2 | 2020



China, Tibet und die Pandemie



Sorge über Einfluss Pekings



Dalai Lama-Nachfolge

CHINA, TIBET UND DIE PANDEMIE

Kommentar



Quelle: cgm.com



Kai Müller,
ICT-Geschäftsführer

Foto: Yan Revazov

Es ist ein absurdes Schauspiel: Das autokratisch regierte China unterdrückt systematisch erste Warnungen über Corona-Erkrankungen in Wuhan und verhindert damit wirksame Gegenmaßnahmen. Kritiker und Mahner „verschwinden“. Eine folgsame WHO verbreitet noch im Januar, dass Peking alles unter Kontrolle habe. Was folgt ist eine weltweite Pandemie. Nur einige Monate später geriert sich die KP Chinas als humanitäre Macht, die von der Krise besonders betroffenen Ländern vermeintlich uneigennützig und natürlich öffentlichkeitswirksam Hilfe anbietet. Verdrängt ist das systemische Versagen eines autoritären Staates. Peking wünscht indes, dass man es um seine „Entschlusskraft“ beneidet.

Die KP kann es dabei sogar im Höhepunkt der Pandemie nicht unterlassen, ihren Reflexen freien Lauf zu lassen. Wie jedes Jahr rollen auch diesmal im „sensiblen“ Monat März – in dem des tibetischen Volksaufstandes von 1959 gedacht wird – gepanzerte Fahrzeuge durch Lhasa. Die Botschaft ist klar: Wir sind bereit, jeglichem Protest und Widerstand mit Gewalt zu begegnen. Zu grotesken, weil so offensichtlich gestellten Bildern kommt es beim

alljährlichen „Frühlingspflügen“, bei dem tibetische Bauern mit wehenden roten Fahnen auf ihren Traktoren der KP huldigen.

Unterdessen greifen die Behörden in Tibet unter dem Vorwand, die Verbreitung von Gerüchten über die Ausbreitung des Coronavirus in China zu unterbinden, zu Verhaftungen, Geldstrafen und harten Eingriffen in die Kommunikation im Internet. So wurden in Nordosttibet 75 Chat-Gruppen geschlossen und mehr als 200 „unter Beobachtung“ gestellt. Zuvor waren 16 Dörfer und fünf Klöster durchsucht worden. Mehrere Männer sollen zu Geld- und Haftstrafen verurteilt worden sein. Offizielle Begründung: Man wolle verhindern, dass „falsche Informationen“ verbreitet würden.

„Richtige Informationen“ verlangt Peking auch von westlichen Medien, die Propaganda und Manipulation des Regimes dokumentieren. Es ist gut, wenn dem Widerstand wird, und es gibt Anlass zu großer Sorge, wenn Regierungen und Medien aus Furcht vor der KP und ihren Narrativen einknicken.

CHINA LÄDT UN-HOCHKOMMISSARIN EIN

Die Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet hat in ihrem turnusmäßigen Bericht an den UN-Menschenrechtsrat Ende Februar über eine Einladung der chinesischen Regierung in die Volksrepublik berichtet. Sollte diese Reise stattfinden, wäre Bachelet die erste Hochkommissarin für Menschenrechte, die seit 1998 in die VR China einreisen darf. Bachelet, die von NGOs wegen ihrer zurückhaltenden Position gegenüber der chinesischen Regierung kritisiert wurde, wolle sicherstellen, dass ein ungehinderter Zugang für sie und ihre Mitarbeiter während der Reise bestünde. Schwerpunkt soll offenbar die Region Xinjiang sein. In der Vergangenheit hatten die chinesischen Behörden den freien Zugang für UN-Sonderberichterstatter zu Menschenrechtsverteidigern stark eingeschränkt. Mitunter mussten diese mit Repressalien oder Vergeltung der

Behörden rechnen.

Bachelet müsse auch nach Tibet reisen und gegenüber der chinesischen Führung die schlechte Lage in Tibet ansprechen, fordert die International Campaign for Tibet. Wie Xinjiang sei auch Tibet einer zutiefst diskriminierenden Politik und totalitären Kontrollmaßnahmen ausgesetzt. Tibet diene den chinesischen Behörden zudem als Testlabor für die schrankenlose Repression, die wir heute in Xinjiang erleben.



Mehr Informationen:

ICT-Pressemitteilung:

<https://bit.ly/3dmUVvW>

DALAI LAMA- NACHFOLGE



REGIERUNGEN ANTWORTEN PARLAMANTARIERN

Die Außenministerien der Niederlande und Belgiens haben sich hinsichtlich der Nachfolge des Dalai Lama hinter die tibetischen Buddhisten gestellt. In separaten Stellungnahmen bekräftigten sie, es sei alleinige Sache tibetischer Buddhisten, hierüber zu entscheiden. Auf eine Frage im Parlament zur Haltung seiner Regierung erklärte der belgische Außen- und Verteidigungsminister Goffin im Januar: „Es ist logisch, dass die tibetische Religionsgemeinschaft ohne Einmischung der staatlichen Behörden einen Nachfolger benennt.“ Der niederländische Außenminister Blok erklärte im November in einem Kommuniqué an das niederländische Parlament: „Die Position dieses Kabinetts ist, dass es an der tibetischen Religionsgemeinschaft selbst liegt, einen zukünftigen Nachfolger für den Dalai Lama zu ernennen.“

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen einer schriftlichen Frage der Abgeordneten Margarete Bause (Bündnis 90/Die Grünen) zur Nachfolge des Dalai Lama geäußert. Bause hatte gefragt, ob es „nach Auffassung der Bundesregierung allein der tibetischen Religionsgemeinschaft [obliegt], einen Nachfolger für den 14. Dalai Lama zu bestimmen“, und „inwiefern sich die Bundesregierung innerhalb der EU für eine geeinte Haltung der EU-Staaten in Anlehnung an die Auffassung sowohl des niederländischen Außenministers Blok als auch des belgischen Außen- und Verteidigungsministers Goffin zur Bestimmung der Nachfolge des Dalai Lama“ einsetze.

Staatsminister Annen in seiner Antwort: „Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, dass Religionsgemeinschaften ihre eigenen Angelegenheiten autonom regeln dürfen. Dies beinhaltet das Recht, ihre religiösen Würdenträger selbst zu bestimmen. Die Bundesregierung achtet den Dalai Lama als Oberhaupt des lamaistischen Buddhismus. Gleichzeitig betrachtet sie Tibet als Teil der Volksrepublik China. Die Bundesregierung setzt sich grundsätzlich für eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedstaaten ein. Sie hat die Stellungnahmen der genannten Bundesminister zur Kenntnis genommen.“

Die Nachfolge des Dalai Lama ist nach Einschätzung der International Campaign for Tibet eine der zentralen Zukunftsfragen in Tibet. Sollte die chinesische Regierung eine von ihr bestimmte Person als Dalai Lama installieren, wird dies mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Protesten in Tibet führen, die, was zu befürchten ist, von den chinesischen Behörden mit Gewalt beantwortet werden. Die politischen Folgen einer solchen Zuspitzung sind unabsehbar.

Die Nachfolgefrage betrifft im Kern eine fundamentale Menschenrechtsfrage. Internationale Menschenrechtsstandards, die sich aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem UN-Zivilpakt und anderen Konventionen ableiten lassen, sehen vor, dass es das fundamentale Recht einer Religionsgemeinschaft – und nicht einer staatlich gelenkten Scheinorganisation – ist, über ihre Führungspersonen selbst zu bestimmen. Der Fall des 1995 von den chinesischen Behörden entführten Panchen Lama Gendun Choekyi Nyima wird daher von UN-Menschenrechtsexperten regelmäßig als eine fundamentale Verletzung von Religionsfreiheit thematisiert.

Während die chinesischen Behörden durch eine Vielzahl von Maßnahmen versuchen, bei der Nachfolge des Dalai Lama Fakten zu schaffen, hat die EU die Chance, sich proaktiv und gemeinsam im Sinne von Konfliktvermeidung und Wahrung fundamentaler Menschenrechte öffentlich zu positionieren. Die Antworten Belgiens, Deutschlands und der Niederlande sind ermutigend, lassen aber die Frage offen, ob die EU in einer wesentlichen Menschenrechtsfrage China betreffend aktiv das Heft des Handelns in die Hand nehmen will oder nicht.



Mehr Informationen:

Erklärung des belgischen Außen- und Verteidigungsministers Goffin:

<https://bit.ly/2WvBOUy>

Erklärung des niederländischen Außenministers Blok:

<https://bit.ly/2W6tz7k>

Antwort der Bundesregierung (S. 25):

<https://bit.ly/35zPS8s>

3

SORGE ÜBER EINFLUSS PEKINGS

4

Die International Campaign for Tibet ist besorgt über die Berufung des chinesischen Diplomaten Jiang Duan in die „Consultative Group“ des UN-Menschenrechtsrates. Das wichtige Gremium ist bei den Vereinten Nationen zuständig für die Auswahl unabhängiger UN-Menschenrechtsexperten, wie etwa den UN-Sonderberichterstatter oder den Mitgliedern spezieller Arbeitsgruppen. Bereits jetzt behindert China im UN-Menschenrechtsrat die Beteiligung der Zivilgesellschaft und untergräbt etablierte Menschenrechtsmechanismen wie den Universal Periodic Review (UPR). Mehrfach bereits hat die chinesische Regierung exakt jenen UN-Experten den Zugang zu Tibet verweigert, über deren Auswahl sie nun mitentscheiden wird. Nach Einschätzung der International Campaign for Tibet ist die Mitgliedschaft Chinas in der „Consultative Group“ ein schwerer Rückschlag für das globale Menschenrechtssystem und unterminiert dessen Glaubwürdigkeit.

CHINA WEITET EINFLUSS BEI VEREINTEN NATIONEN AUS

Kontinuierlich hat Peking in den vergangenen Jahren seinen Einfluss bei den Vereinten Nationen ausgeweitet. Die Berufung von Jiang Duan in die „Consultative Group“ des UN-Menschenrechtsrates ist hier nur ein weiteres Beispiel für eine besorgniserregende Entwicklung. Experten zufolge nahm diese im Jahr 2014 ihren Anfang, als Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping seine Diplomaten anwies, sich um Führungspositionen im UN-System zu bemühen. Mit offenkundigem Erfolg. Viele Beobachter werfen etwa der Weltgesundheitsorganisation WHO vor, unter starkem Einfluss aus Peking zu stehen. Dies



Quelle: unwatch.org

sei mit ein Grund dafür gewesen, dass die sich in China entwickelnde Coronavirus-Epidemie in ihrer entscheidenden Frühphase viel zu lange unter dem Radar der Weltöffentlichkeit bleiben konnte.

Im Oktober 2020 wird die Volksrepublik erneut für die Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat kandidieren. Peking ist derzeit Beobachterstaat ohne Stimmrecht und war zuletzt von 2016 bis 2019 Mitglied im Menschenrechtsrat. Dem Asienblock werden fünf Sitze zugeteilt, auf die sich aktuell sechs Staaten bewerben. Die International Campaign for Tibet hatte vor der letzten Wahl Chinas dazu aufgefordert, gegen eine Mitgliedschaft der Volksrepublik zu stimmen. Von Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates wird laut Resolution der Generalversammlung die Achtung hoher Menschenrechtsstandards verlangt. Bei der Wahl durch die UN-Generalversammlung soll der Beitrag des Bewerberstaates zum Schutz und Förderung der Menschenrechte in berücksichtigt werden.



Mehr Informationen:

ICT-Meldung:

<https://bit.ly/2SGoDUF>

Artikel „The Conversation“:

<https://bit.ly/2L4s437>

Impressum TIBET³⁶⁰

Herausgeber:
International Campaign for Tibet
Deutschland e.V.
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2787 9086
Fax: +49 (0) 30 / 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

V. i. S. d. P.: Kai Müller

Stand: 05. Mai 2020

Druck:
Arnold Group, Großbeeren

Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/11102-2005-1001

+++newsTICKER+++



Chinesische Behörden kriminalisieren Diskussion über politischen Status von Tibet / Denunzianten werden belohnt
<https://bit.ly/2Yz6prM>



Quelle: RFA

ICT kritisiert die Reaktion der chinesischen Behörden auf die Coronavirus-Pandemie in Tibet
<https://bit.ly/2yxYf8q>



Parlamentsgruppe Tibet fordert ein stärkeres Eintreten Deutschlands und der EU für die Menschen in Tibet
<https://bit.ly/2yvxf9C>

Newsletter

Die International Campaign for Tibet versendet regelmäßig per E-Mail aktuelle Informationen über Tibet und die Arbeit der ICT.
<https://savetibet.de/newsletteranmeldung/>



**INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET**